

# Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Sonnabend, den 8. Januar 1881.

Nr. 12.

## Deutschland.

**Berlin, 7. Januar.** Es ist schon neulich bemerkt worden, daß die Haltung der national-liberalen Organe Anerkennung verdient, welche sich dagegen ausgesprochen, daß man das neue Verwendungs-gesetz an der Schwelle in Vausch und Bogen abweise. Diese Blätter verlangen vielmehr, daß man das Gesetz in ihrem Sinne verbessere und so zu einer auch der national-liberalen Partei annehmbaren Grundlage der Steuerreform gelange. Man vermist aber doch noch zu sehr jede Andeutung, wie die national-liberale Partei den Steuerreform-plan zu gestalten bzw. zu verbessern gedenkt. Es ist unerwünscht und bedenklich, daß die gesetzgebenden Organe zur Zeit in dieser Frage das Hauptwort führen. Da steht man bald auf die Behauptung, es sei gar keine Steuerreform nötig, bald auf die Ausrufung, das Hauptziel bei der Steuerreform müsse die Erweiterung des Budget-rechts des Reichstages und namentlich des preussischen Landtags sein; bald wird auf die Grundsätze hingewiesen, bald wird das Bedenken laut, ob man nicht bei einer Entlastung der Kommunen die reichen Leute entlaste, als ob die Kommunal-ausgaben allein von solchen Leuten getragen wür-den. Dem Allen gegenüber möchte man wohl wünschen, daß Seitens der national-liberalen Presse etwas geschähe, auch in ihrer Leserkreise das Ver-ständnis zu verbreiten, weshalb die Steuerreform eine Nothwendigkeit ist; noch mehr aber muß man wünschen, daß Angelegenheiten hervortreten, auf welcher Grundlage eine Verständigung für möglich gehalten wird. Vielleicht daß eine solche Disposition zu der Einsicht führt, daß in dem Verwendungsgesetz, wie es vorliegt, das Nichtigste getroffen ist. Es ist ja nicht zu verkennen, daß die eigentliche Verständigung in den Landtags- und Reichstags-Verhandlungen erfolgen muß, aber etwas mehr eingehende Vor-arbeit in der Presse, als anzureffen ist, scheint nicht nur von Nutzen, sondern fast unentbehrlich zu sein.

**Berlin, 7. Januar.** Der Bericht über die Ergebnisse des Staatsbahnbetriebes im Jahre 1879—80 giebt auch Auskunft über die Ausbil-dung von Lehrlingen in den Werkstätten der preussischen Staatsbahn-Verwaltung. Danach betrach-tet die Staatsregierung die Heranbildung tüchtiger Handwerker als eine Sache, der insbesondere die Eisenbahn-Verwaltungen sich nicht wohl entziehen dürfen. Neben dem Mithilgen mehrerer Verträge berechneten doch anderweitig (insbesondere bei der Westfälischen, Köln-Mindener, Bergisch-Märkischen und Rheinischen Eisenbahn) gemachte günstige Er-fahrungen zu der Hoffnung, daß durch geeignete Organisationsen sich gute Ergebnisse erzielen lassen werden. Den nun von der Regierung festgestellten einheitlichen Grundsätzen liegen folgende Anschauun-gen zu Grunde. Weder soll den Privathandwerker Konkurrenz gemacht, noch sollen einseitig aus-gebildete Handwerker herangezogen, noch endlich Musteranstalten für Lehrlinge geschaffen werden. Man erstrebt nur die Heranbildung eines Theils des Handwerkerpersonals für die Eisenbahn-Verwal-tung, ohne hierbei einen Zwang auf das Verblei-ben der Lehrlinge in den Mutterwerkstätten auszu-üben. Eine vierjährige Lehrzeit ist festgesetzt und angenommen, daß den Lehrlingen ein Lohn ge-währt werde, welcher zur Befriedigung der notwen-digsten Lebensbedürfnisse ausreicht. Während der ersten zwei Jahre erfolgt eine gemeinam Beschäfti-gung der Lehrlinge in besonderen kleinen Werk-stätten, in den letzten zwei Jahren gehen sie in die allgemeinen Werkstätten über. Mit der praktischen Ausbildung soll eine Unterweisung in Elementar-Unterrichts-Gegenständen Hand in Hand gehen, wo-bei jedoch nur die zur selbstständigen Ausübung des Handwerks befähigenden Kenntnisse in Betracht kommen. Der Lehrling erhält dadurch, daß ihm ein Zehntel seines Lohnes fortwährend abgezogen wird, bei seinem Austritt das als ersparte Geld. Nach diesen Grundsätzen sind bereits in 17 Städ-ten Lehrwerkstätten, darunter zwei in Berlin, je eine in Bromberg, Dirschau, Rastatt, Frankfurt a. O., zwei in Breslau, je eine in Lauban, Kassel, Paderborn, Lingen, Fulda, Limburg, Saarbrücken in einem Umfang errichtet, daß bei erreichter voller Besetzung, also nach vierjährigem Bestehen der Ein-richtung, 7—800 Lehrlinge vorhanden sein wer-den: die gegenwärtig erreichte Zahl ist etwa 200. (R. 3.)

## Ausland.

**Paris, 6. Januar.** Louise Michel wird we-gen ihrer gestern an Blanqui's Grabe gehaltenen Rede vor Gericht gestellt werden.

Die Expedition nach Panama ist, achtund-vierzig Personen stark, heute von Havre in See gegangen.

**Rom, 7. Januar.** Der „Dritto“ veröffent-licht Depeschen aus Athen, welche den bedenklichen Eindruck schildern, der durch die Verleihung des französischen Ordens der Ehrenlegion in Brillanten an den Sultan hervorgerufen wurde. In Athen erwidert man darin ein Zurückziehen Frankreichs von der bisherigen Freundschaft mit Griechenland und ein Liebsäugeln mit den österreichisch-deutschen An-sichten über den Konflikt zwischen Griechenland und der Türkei. Dieselben Depeschen dementiren die Nachrichten über einen Konflikt zwischen König Georg und dem Minister-Präsidenten Camunduros. Ebenso wird dagegen protestirt, daß sich Griechen-land mit dem Vorschlage Frankreichs einverstanden erklärt habe, das griechische Kabinett solle sich ein-stimmen mit den Vorschlägen begnügen, welche die Türkei in ihrer letzten Note betreffs der Abtretung von Territorien gemacht habe. Griechenland habe unerschütterlich an den Bestimmungen des Berliner Vertrages über die projektirte Grenzlinie fest.

**London, 5. Januar.** Eine höchst beunruhigende Nachricht verbreitete sich am Montag Abend, nämlich, daß eine allgemeine Erhebung unter den Fenlern in London Rattfinden und daß deren erste Unternehmung darauf gerichtet sein werde, sich der in den Arsenalen der verschiedenen Regimenter ge-borgenen Waffen zu bemächtigen. Eingezogene Erkundigungen haben ergeben, daß das Gerücht nicht ganz unbegründet war. Während der letzten Tage hat die Regierung durch ihre Agenten, welche die Aufgabe haben, die Absichten der geheimen Ge-sellschafte in London auszuforschen, gewisse An-gaben bestimmter Natur erhalten, und in Folge dessen sind Befehle an die Kommandeure der Frei-willigen ergangen, ihre Waffen-Arsenale allnächstlich aufs Strengste bewachen zu lassen. Man glaubt, daß die revolutionäre Partei der Irländer in Eng-land Vorkehrungen getroffen habe, um durch einen verzwelfelten Ueberfall aller Plätze, wo sich Waffen und Schießbedarf befinden, das Signal zu einem Aufstand zu geben.

Am Montag Abend brachen fast gleichzeitig in den großen Schuppen, welche an einige der Liverpooler Docks anstoßen, vier Feuerbrünste aus. Zuerst wurde der Polizei ein Feuer in Peter's Half-Tide-Dock gemeldet. In diesem Falle war es jedoch das Schiff „Massachusetts“ und nicht der Schuppen, was in Flammen stand. Da das Fahr-zeug mit den beladen war, blieben die Löschanstren-gungen der Feuerwehr längere Zeit vergeblich, als man jedoch dieses Feuers Herr geworden, brach ein anderes am Nordende des Carriers-Docks aus. Als die Feuerwehr sich dorthin begab, wurde der Brand eines Holzhauses im Huskisson-Dock gemel-det. Die letzten beiden Brände waren kaum ge-löscht, als ein anderes Feuer im Holzhaus der Herren Murphy u. Co. bemerkt wurde. Auch dies wurde bald gelöscht. Hier fand die Polizei eine Flasche voll Petroleum, nachdem schon bei einem der früheren Brände der Geruch von Petroleum wahrgenommen worden war. Gestern Morgen fand die Polizei auch zerbrochene Flaschen, die Pe-troleum enthalten hatten, und der Heerd des Feuers im Carriers-Dock sowie das Bauholz rochen stark nach Petroleum. Eine andere Flasche wurde im Huskisson-Dock gefunden, und auch hier hatte das Bauholz einen starken Petroleumgeruch. Es kann daher wenig Zweifel darüber obwalten, daß ein systematischer Versuch vorliegt, die Docks und was dazu gehört, in Brand zu setzen. Die Polizei soll den Brandstifter bereits auf der Spur sein.

**London, 6. Januar.** Die Eröffnung des Parlaments fand Nachmittags 2 Uhr statt. Die Thronrede wurde durch den Lordkanzler Lord Sel-borne verlesen. Vom Oberhause waren nur wenig Mitglieder anwesend, dagegen wohnten viele Unter-hausmitglieder der Eröffnung bei. Unter den An-wesenden befanden sich auch Parnell und Genossen. Die Sitzung beider Häuser wurde bis 4, bzw. 5 Uhr Nachmittags vertagt.

Die Thronrede bezeichnet die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten als freundschaftliche. Ueber die Feststellung der griechisch-türkischen Grenze

fanden fortgesetzt Mittheilungen zwischen den Mäch-ten statt; mehrere wichtige Theile des Berliner Ver-trages, die so lange Zeit schon unausgeführt seien, nähmen fortgesetzt die erste Aufmerksamkeit der Re-gierung in Anspruch. Die Thronrede weist ferner auf die Schreckensherrschaft hin, welche in Irland bestiehe, die Wirksamkeit der Gesetze verhindere und private Rechte sowie die Ausübung der Bürger-pflichten beeinträchtige. Die Regierung werde außer-ordentliche Befugnisse verlangen, um die Ordnung wiederherzustellen und das Leben und das Eigen-thum sowie die persönliche Freiheit der Bürger zu beschützen. Obgleich die Regierung diese Maßregeln als ihre erste Pflicht ansehe, hege sie dennoch den unausgesprochenen Wunsch, die Beschwerden der Ir-länder verschwinden zu machen. Sie werde in der Verbesserung der Gesetzgebung für Irland fort-fahren und zu dem Ende die Weiterentwicklung der grundlegenden Gedanken des Gesetzes vom Jahre 1870 vorschlagen. Des Weiteren kündigt die Thronrede eine Vorlage an, welche für die irischen Grafschaften eine britische Selbstverwaltung nach ähnlichem System, wie diese Autonomie für Eng-land besteht, herstellen soll. Ferner werden ein Gesetzentwurf wegen Aufhebung der Körperstrafe in der Armee und Marine und noch einige andere Vorlagen von lokalem Interesse angekündigt. Zur schleunigen Wiederherstellung des englischen An-sehens in Transvaal seien Maßregeln ergreifen; der Aufstand in diesem Lande müsse nothwendiger Weise eine Vertagung der Absicht, den europäischen Kolonisten vollständige lokale Autonomie ohne Be-rücksichtigung der Interessen der Eingeborenen zu gewähren, zur Folge haben. Die Besetzung Kan-dahars durch englische Truppen solle nicht aufrecht-erhalten werden.

**Konstantinopel, 6. Januar.** Wie ich erfah-ren, haben die Deutschen jetzt ausschließlichen Ein-fluß bei dem Sultan. Nicht nur wurde der eng-lische Botschafter Gresham aus dem beratenden Einflusse auf das auswärtige Amt entfernt, sondern auch der Franzose Tarrin, der seit zehn Jahren als Staatssekretär der Pforte redigirte, entlassen. Der Sultan und die Palastpartei sind momentan kriegerisch und halten den Sieg über Griechenland für sicher und rasch, weil ihrer Ansicht nach keine Macht Griechenland helfen wird.

**Victoriamarkt (Afrika), 5. Januar.** Ant-wortlich wird gemeldet: Kapitän Lambert, welcher bei Heidelberg von den Holländern gefangen genommen worden war, ist gestern hier eingetroffen. Er ist mit dem Kapitän Elliot auf Ehrenwort freigelassen und nach dem Orange-Freistaat gesandt worden. Als sie den Baal-Fluss überschritten, gab die aus Hollandern bestehende Begleitmannschaft Feuer und tötete den Kapitän Elliot. 62 Gefangene des 94. Regiments sind freigelassen worden und befin-den sich gegenwärtig auf dem Marsche nach Natal. Lambert schätzt die in Heidelberg zusammengezogenen Truppen der Holländer auf 8000 Mann; weitere Streikräfte stehen in Potchefstroom, Balforsroom und anderen Orten. Der Kapitän begegnete einer großen Anzahl Holländer, welche sich von dem Orange-Freistaat nach Transvaal begaben. Eine Abtheilung von 200 Holländern ist in Natal ein-gebrochen und hat eine besetzte Stellung etwa 8 Km. von der Grenze eingenommen. Die eng-lischen Patrouillen haben sich vor denselben zurück-gezogen.

## Provinzielles.

**Stettin, 8. Januar.** Eine alte Sitte oder vielmehr Unsitte in unserem gesellschaftlichen Leben ist die Verabreichung von Trinkgeldern von Seiten geladener Gäste an die Domestiken des Gastgebers, wobei dann oft von der Höhe des Trinkgeldes auf die gesellschaftliche Rangstufe des Gastes ge-schlossen wird. Selten ist der Hausherr mit die-sem Gebrauch zufrieden, da er eben seine Freunde gastlich bewirthen, ihnen aber das Diner oder Souper nicht verkaufen will. Da er aber selbst so und so oft in die Lage kommt, Douceurs an fremde Diensthofen zu ertheilen, läßt er sich meist sans facon dasselbe von seinen Gästen gefallen. Ja in manchen Haushaltungen wird bei der Ab-gabe des Lohnes mit den Dienern schon eine bestimmte Summe Trinkgelder in Anrechnung ge-bracht und der fixe Gehalt deshalb um so niedri-ger normirt. Um mit diesem uralten Mißbrauch zu brechen, von dem der Gastgeber nichts hat und der ihn nur seinen Freunden entfremden kann, hat sich

einer unserer ersten Geldarbeitskollektoren in seinen sämtlichen Salons sauber eingerahmte Plakate an-bringen lassen, auf denen die Worte stehen: „Meine verehrten Freunde werden herzlich gebeten, an keinen meiner Domestiken Trinkgelder zu verabreichen, diese haben außerdem bei Verlust ihrer Stelle die strengste Dobre erhalten, jedes Douceur abzuweisen.“ Eine Nachahmung dürfte wahrlich angebracht sein.

— Die Bau-Polizei-Ordnung für die Städte der Provinz Pommern, schreibt die „Straß. Ztg.“, bietet soviel Neues, mit unseren örtlichen Verhält-nissen Unvereinbares, daß eine erschöpfende Be-sprechung hier zu weit führen würde. Wir wollen heute nur auf § 25 hinweisen, in welchem zunächst der Querschnitt „Brandmauer“ erläutert wird als „Mauer ohne Doffnung von mindestens 25 cm Stärke“. Sodann heißt es: „Als Brandmauer muß aufgeführt werden: Jede Außenwand nach der Nachbargrenze, welche von derselben nicht mindestens 5 Meter entfernt bleibt.“

Da nun die normale Breite der plessigen Grundstücke etwa 10 Meter beträgt, und die Sei-tenflügel fast durchweg mehr als die Hälfte dieser Breite in Anspruch nehmen, so sind die Höfe ge-wöhnlich weniger als 5 Meter breit. Bei einem eintretenden Wiederaufbau oder einer Veränderung dürfen demnach die Seitenflügel keine Fenster und Thüren mehr erhalten, das heißt, sie dürfen über-haupt nicht wiederhergestellt oder verändert werden, denn ohne Fenster sind sie nicht zu gebrauchen; auch würde man eine zweite Treppe, wie sie in § 52 der Feuerordnung vorgeschrieben ist, in dem Seitenflügel nicht anlegen können, denn die gerade dieses Zweckes wegen notwendige Ab-öffnung darf nicht mehr sein. Eine erhebliche An-zahl von Grundstücken, welche man in früheren Zeiten als halbe Erde, viertel Erde oder Ruden zu bezeichnen pflegte, haben aber eine noch wesentlich geringere Breite, als die volle Erde; mithin tritt das Verbot, Seitenflügel anzulegen, für sie aus-nahmslos ein.

— Der Schuhmachermesser Zentler war am 28. Februar 1879 vom hiesigen Kreisgericht zu 50 Mark Geldstrafe verurtheilt, weil er den damals bei Zentler als Maschinenpfeifer in Lohn stehenden, jetzigen Schuhmachermesser C. P. O. d. n. über-treten und gemisshandelt haben sollte. Als Grund hiezu ihm untergeschoben wurde die mit vier nicht näher anzuführenden Neben Umständen verknüpft: Ehescheidung des Herrn Zentler und Frau, die jetzt mit C. P. O. d. n. verheiratet ist, angesehen und dem-gemäß vom Gericht obiges Urteil gefällt. Da sich indes in seinem Rechte glaubte, appellirte er und wurde kürzlich vom Reichsgericht die Sache zur nochmaligen Aburtheilung an das hiesige Oberlan-desgericht verwiesen. Am 7. d. M. war nun Ter-min in dieser Angelegenheit und wurde nach Aus-sage mehrerer Zeugen, die damals nicht zur Vor-ladung kamen, die Unschuld des Herrn Zentler er-wiesen und demgemäß derselbe von Strafe und Re-sen freigesprochen. Die bereits gezahlten 50 Mark Straf-gelder werden dem Zentler wieder zurückgezahlt werden, doch will dieser den Betrag einer armen Familie überweisen.

— Sonntag Nachmittag erlebte das Moser-Schönthaus'sche Lustspiel „Krieg im Frieden“ die 25. Aufführung, ohne damit seine Zugkraft schon verloren zu haben. Es ist dies ein Fall, der in den Annalen unseres Stadttheaters vortretet dürfte. Weder „Dr. Klaus“ noch sonst ein Lu-stenspieler der beliebtesten Autoren hat hier ähnliche Erfolge zu verzeichnen gehabt. Da die lustige Pötte während der ersten 20 Vorstellungen stets zu hohen Preisen und bei fast ausverkauften Häu-zen gegeben wurde, hat sie der Direktion glän-ze finanzielle Ertragschancen eingebracht und durch-wirkte, ohne in unseren Angaben zu hoch zu greifen, ruhig behaupten, daß „Krieg im Frieden“ unserer Theater-Direktion während der 25 Vorstellungen eine Brutto-Einnahme von gut 20,000 Mark ge-sichert hat. Dieser Betrag ist eher zu niedrig als zu hoch gegriffen, da das Haus bei hohen Preisen und ausverkauft 14—1500 Mark bringt. Lach diesen Erfolg einer guten Novität ist es der Di-rektion möglich gewesen, manchen Verlust zu ver-schmerzen, der unerwartet durch schlagelagene Of-fnungen, die man in viele Novitäten gesetzt hatte, über sie hereingebrochen ist. Wir brauchen hier wohl kaum die große Zahl neuer Bühnenstücke auf-zuführen, die wir kurz hintereinander haben durch-fallen sehen. Abgesehen davon, daß mehr oder we-



Abonnent in Heringsdorf. Bei der letzten Volkszählung hat Wolgast die Einwohnerzahl 8023 erreicht, wogegen es 1875 nur 7610 Seelen zählte.